

2 Theoretischer Teil: Soziologie und ihre Grenzen

2.1 EINE HISTORISCHE KONTEXTUALISIERUNG

Ziel dieses Kapitels ist es, das Verhältnis der Soziologie zu ihrem Untersuchungsgegenstand aus historischer Sicht zu reflektieren, nicht jedoch, die Entstehung der deutschen Soziologie genau darzustellen.¹ Das Grenzproblem soll zunächst historisch aufgerollt und anhand ausgewählter Debatten problematisiert werden. Diese lassen sich grob vier Zeitabschnitten zuordnen. Die – unweigerlich beschränkte – Auswahl lehnt sich an Kieserling (2004) an. Zu beachten ist auch, dass im Folgenden zwar von der „deutschen“ Soziologie die Rede sein wird. Dabei kann aber nicht reflektiert werden, inwiefern streng genommen überhaupt von einer „deutschen“ Soziologie gesprochen werden kann, wenn man sich die personale Mobilität und die weitreichenden Einflüsse vor Augen führt, die wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen anderer Länder auf den deutschen Kontext hatten. Beispielhaft wäre hier etwa der Einfluss der USA

-
- 1 So beansprucht die Soziologiegeschichte ein eigenes theoretisches und methodisches Terrain. Die Analyse von Soziologiegeschichte wird aus dieser Perspektive nicht nur als „Geschichtsschreibung“, sondern als eine Methode begriffen (Lepenies, 1981a; Lepenies, 1981b; Moebius, 2004; Moebius, 2006; Kieserling, 2004; Beck et al., 2000). Lepenies (1981a) begründet dies damit, dass spätestens seit der Kuhn'schen Wende (Kuhn, 2003[1962]) Wissenschaftsgeschichte erstens theoriefähig und zweitens soziologiebedürftig wurde. So wandte letztlich auch die Soziologie ihre Methoden auf sich selbst an und sah – im Kontext einer Krise des eigenen Selbstverständnisses – die Notwendigkeit einer „Re-Historisierung“ der Disziplin, bis zu dem Punkt, sich „neu“ zu erfinden. Historische Entwicklungen folgen aus dieser Perspektive keinem linearen Modell (Lepenies, 1981a; Wagner, 1990).

auf die deutsche Nachkriegssoziologie, und zwar sowohl in methodisch-theoretischer als auch in förderpolitischer Hinsicht (siehe dazu auch Fleck, 2007).

Um die Diskurse zu strukturieren, wird auf drei Formen der „Institutionalisierungsgeschichte“ (Lepenes, 1981a, S. XXVII) zurückgegriffen, die sich in Form kognitiver, sozialer und historischer Identitätsentwicklungen äußern: 1. Die kognitive Identität beschreibt die Einzigartigkeit und Kohärenz soziologischer Orientierungen, Paradigmen, Problemstellungen und Forschungswerkzeuge des Fachs. 2. Die soziale Identität markiert Versuche der Disziplin, sich durch Institutionalisierungsprozesse organisatorisch zu stabilisieren. 3. Die historische Identität bezeichnet die Schaffung eines Rahmens für eine Geschichtsrekonstruktion, auf dessen Narrative sich prinzipiell alle Mitglieder berufen können (Lepenes, 1981a, S. I).

Zunächst also wird auf die frühe Soziologie sowie ihre Bemühungen eingegangen, sich als eigenständiges Fach zu etablieren. Zu diesem Zweck ist sie darauf angewiesen, ihre Einzigartigkeit hervorzuheben und ihre kognitive Identität zu stabilisieren. Vor allem die Abgrenzung der Soziologie zu anderen Disziplinen spielte in Hinblick auf Grenzziehungen eine übergeordnete Rolle, ebenso wie der Nachweis ihrer „Wissenschaftlichkeit“ und der damit verbundenen Distanzierung von sozialreformatoryischen Ansprüchen. Als paradigmatisch ist hier der Werturteilsstreit anzusehen, der auch in der Etablierung einer historischen Identität der Soziologie eine besondere Bedeutung erlangte. Trotz dieser Bemühungen konnte sich die Soziologie in dieser entscheidenden Phase nur mangelhaft wissenschaftlich konsolidieren.

Der zweite Abschnitt umfasst die Phase der Nachkriegszeit, in der sich die Soziologie flächendeckend institutionalisierte. Debatten um die Grenzen zu ihrem Untersuchungsgegenstand wurden in Hinblick auf die Rolle der Soziologie in der Gesellschaft geführt, oder, aus systemtheoretischer Sicht betrachtet, in Bezug auf ihre Teilnahme am politischen System. In diesem Zusammenhang experimentierte die Soziologie mit Zuordnungen wie „rechten“ und „linken“ Soziologien (Kieserling, 2004, S. 37). Die dazugehörige Debatte, die auch zur Ausbildung einer historischen Identität beitrug, fand ihren Ausdruck im Positivismusstreit.

Der dritte Abschnitt beinhaltet die politische Konsolidierung der Soziologie. Hier wollte sie dadurch weitreichende soziale Verbesserungen erzielen, dass sie sich mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenschloss. Ihre kognitive Identität war an die sogenannte Verwendungsforschung geknüpft, die versuchte, die „Praxiserfahrungen“ der Soziologie adäquat in ihre disziplinäre Selbstbeschreibung aufzunehmen (Beck, 1982a).

Die letzte Phase zeichnet sich dadurch aus, dass sich die Disziplin von praxisorientierter Soziologie abkehrte und sich intern ausdifferenzierte. Grenzdebatten verschoben sich auf das „Innere“ der Disziplin, während Versuche, eine berufsbezogene Soziologie zu institutionalisieren, aus der Disziplin ausgelagert wurden. Beispielhaft ist hier die Gründung eines Berufsverbands deutscher Soziologinnen und Soziologen als angewandtes Pendant zur Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Diese Neugründung weist darauf hin, dass „angewandte“ Soziologie keinen Platz in der sozialen Identität der akademischen Soziologie findet.

Gemeinsam ist all diesen Debatten, dass die Doppelstruktur der Soziologie divers verhandelt wird und dass – in unterschiedlicher Weise – Grenzen gezogen wurden. Die Darstellung folgt hier zwangsläufig einer linearen Logik, was dem geschichtlichen Ablauf nicht ganz gerecht werden kann: Über die beschriebenen Phasen hinaus ist in den Grenzdebatten eine historische Regelmäßigkeit festzustellen, sprich, sie tauchen in Wellenbewegungen auf (Lepenes, 1981a; Wagner, 1990).²

2.1.1 Die frühe Soziologie: Die Semantik der Wertfreiheit

„Die Soziologie lehnt es nicht ab, zum Ausbau ‚praktischer‘ Disziplinen fortzuschreiten. Wohl aber weist sie es aus wissenschaftlichen Gründen zurück, die Gesichtspunkte und Interessen der Praxis bei der Entwicklung der Forschungsziele zu berücksichtigen, weil diese die Erkenntnis leicht in die Irre leiten können. Damit ergibt sich eine klare Trennung von aller Sozialethik, Sozialreform und Sozialpolitik im Sinne eines umfassenden Systems der sozialen Praxis.“ (König, 1958, S. 9)

Grenzziehungen zwischen Soziologie und ihrem Untersuchungsgegenstand waren von besonderer Relevanz für ihre Gründung. Das oben angeführte Zitat belegt in erster Linie die Ansicht, dass sich die Soziologie von anderen Strömungen wie der Sozialethik oder der Sozialreform abgrenzen musste, um sich als Disziplin im wissenschaftlichen Feld zu definieren und zu etablieren. Dennoch verweist dieses Zitat auch auf die doppelte Mission der Soziologie: zu einer praktischen Disziplin zu werden, ohne sich in ihren Werturteilen mit der Praxis zu verstricken. Das Problem ihrer Doppelstruktur wird in Hinblick auf mögliche Lösungen also bereits angesprochen.

2 Grundlage für weite Teile dieses Kapitels bildet der Aufsatz „Ewig umstritten – Soziologie zwischen Engagement und Distanzierung“; siehe Mevissen, 2016.

Die Distanzierung von ihrem Gegenstand spielte eine wesentliche Rolle in den Debatten um die wissenschaftliche Legitimität der Soziologie. Ebenso prägend war für ihre Anfänge der Gedanke der gesellschaftlichen Nützlichkeit, inspiriert von einem Steuerungsoptimismus³ des 19. Jahrhunderts, der sich auf soziale, ökonomische und politische Veränderungen zurückführen lässt (Streek, 2015). So waren beispielsweise Claude Henri de Saint-Simon und andere Wegbereiter der Soziologie, darunter Auguste Comte und Émile Durkheim, von der Hoffnung geleitet, mit ihren Erkenntnissen zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen zu können und „die soziale und politische Integration einer aus den Fugen geratenen Industriegesellschaft entscheidend [zu] fördern“ (Badura, 1982).

„[W]ir meinen, daß unsere Untersuchungen nicht der Mühe wert wären, wenn sie nur spekulatives Interesse hätten. Wenn wir aber sorgfältig die theoretischen von den praktischen Problemen trennen, wollen wir doch nicht die letzteren vernachlässigen: wir wollen uns im Gegenteil rüsten, sie besser zu lösen.“ (Durkheim, 1977[1893], S. 73)

Die Debatten um die doppelte Mission der Soziologie fanden ihren Ausdruck im Werturteilsstreit.⁴ Dieser ist als eine erste Auseinandersetzung um die Deutungshoheit unterschiedlicher Ausrichtungen innerhalb der Soziologie zu verstehen. Er trug entscheidend dazu bei, dass eine soziale Identität der Soziologie entstand, wurde er doch überwiegend zwischen dem Verein für Socialpolitik und der sich 1909 formierenden Deutschen Gesellschaft für Soziologie ausgetragen. So forderte die Gruppe um Max Weber und Werner Sombart die strikte Trennung zwischen Sachaussage und Werturteil (Rammstedt, 1988):

„Wir alle wissen, dass unsere Wissenschaft [...] geschichtlich erst von praktischen Gesichtspunkten ausging. Die stete Vermischung wissenschaftlicher Erörterung der Tatsachen und wertender Raisonsnements ist eine der [...] schädlichsten Eigenarten von Arbeiten unseres Fachs.“ (Weber, 1988[1922], S. 157)

3 Dieser Steuerungsoptimismus äußerte sich in den USA im Progressive Movement, in der Politik des New Deal und insbesondere während des Zweiten Weltkriegs in der Überzeugung, die Wissenschaft sei eine wichtige Unterstützung bei der Sicherung der Demokratie (Streek, 2015). Siehe dazu auch Calhoun, 2007; Turner et al., 1990.

4 Auf die komplexen wissenschaftsphilosophischen und wissenschaftspolitischen Dimensionen kann hier nicht im Detail eingegangen werden. Für einen Überblick siehe Kaesler, 2014; Rammstedt, 1988; Ritsert, 2009.

Natürlich reagierte Max Weber damit auch auf den stark politisierten Universitätsalltag, in dem die Kathedersozialisten eine große Rolle spielten (Ritsert, 2009). Unter ihnen war der Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik, Gustav Schmoller, der in diesem Zusammenhang das Werturteil in der Wissenschaft als legitimes Mittel betrachtete, um gesellschaftliche Praxis zu verändern und Lösungen für die „sociale Frage“ (Ritsert, 2009, S. 22) zu formulieren.

Obwohl auch für Max Weber eine Wertbeziehung⁵ zwischen Forschenden und Forschungsobjekt bestand, konnte es seiner Meinung nach niemals „Aufgabe einer Erfahrungswissenschaft sein [...], bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus für die Praxis Rezepte ableiten zu können“ (Weber, 1988[1922], S. 149). Er sah Soziolog(inn)en immer in einen historisch-kulturellen Kontext eingebettet, Forschungsprobleme sind laut Weber deshalb historisch kontingent (Kaesler, 2014).⁶

Dementsprechend grenzten sich auch die Vereine in ihren Prämissen stark voneinander ab: Während der Verein für Socialpolitik dieselbe, im Sinne einer Lösung für die Krisenphänomene der sich modernisierenden Gesellschaft, zum zentralen Bezugsproblem für theoretische Fragen erhob,⁷ distanzierte sich die DGS in ihrer Gründungssatzung von genau diesem Aspekt:

„Ihr Zweck ist die Förderung der soziologischen Erkenntnis durch Veranstaltung *rein wissenschaftlicher* Untersuchungen und Erhebungen, durch Veröffentlichung *rein wissenschaftlicher* Arbeiten und durch Organisation von periodisch stattfindenden deutschen Soziologentagen.“ (DGS 1910 zitiert nach Glatzer, 1995, S. 218, Hervorhebung der Autorin)

5 Zwar nahm Max Weber eine solche Wertbeziehung für alle Wissenschaften an. Als besonders bedeutsam sah er sie jedoch für die Sozialwissenschaften. Hier sei angemerkt, dass die Debatte um die Werturteilsfreiheit von Webers Überlegungen zur Wertbeziehung zu trennen ist (Kaesler, 2014).

6 Siehe auch Wagner, 1990; Wagner et al., 1994.

7 Im Werturteilsstreit ging es nicht nur um die „sociale Frage“ (Ritsert, 2009, S. 22). Verhandelt wurde auch die wissenschaftliche Zukunft der Ökonomie, wobei sich grundlegende wissenschaftstheoretische Prämissen gegenüberstanden. Es ging in diesem Sinn um den „wissenschaftslogischen Status von Sätzen der Nationalökonomie“ (Ritsert, 2009, S. 22). Während die klassische Wirtschaftslehre sich als Einheit der Wissenschaftstheorie begriff, in der auch Implikationen für die politische Praxis abgeleitet wurden, baute D. Ricardo die Volkswirtschaftslehre aus, als eine strenge Wissenschaft einer Physik des Sozialen (Ritsert, 2009, S. 22 f.).

Es ist nach wie vor ungeklärt, inwiefern die Gründung der DGS als Konkurrenz oder Ergänzung zum Verein für Socialpolitik gesehen werden kann (Kaesler, 2014; Rammstedt, 1988). Zweifelsfrei ist aber, dass es die Werturteilsfreiheit war, auf die sich alle Gründungsmitglieder 1909 in ihrer Satzung einigen konnten (Rammstedt, 1988). Für Fachvertreter wie Tönnies und von Wiese sollte sich die Soziologie als werturteilsfreie Wirklichkeitswissenschaft in der Universitätslandschaft etablieren (Kaesler, 2014) und von einem politischen (sozialistischen) Programm distanzieren. Mithilfe dieses Vorgehens konnte sie zumindest in Teilen eine eigenständige Position einnehmen, da sie sich selbst als eine „objektive“ und „neutrale“ Wissenschaft beschrieb. Obwohl die DGS in den Folgejahren nicht in der Lage war, das Postulat der Werturteilsfreiheit konsequent umzusetzen, half es ihr, gesellschaftliche wie auch wissenschaftliche Legitimität zu erlangen.

Die Frage nach objektiver Erkenntnis in der Soziologie wurde auch im Streit um die deutsche Wissenssoziologie verhandelt. Protagonist in diesen frühen Debatten um die Möglichkeiten soziologischer Erkenntnis ist Karl Mannheim. Er geht – ähnlich wie Max Weber – von der historischen Kontingenz soziologischen Wissens aus. Dieses wird aus seiner Sicht nicht von theoretischen Aspekten beeinflusst, sondern von „Seinsfaktoren“ (z.B. Generationen, Klassen, Schichten, Denkschulen etc.). Sein Anliegen war es, das Entstehen unterschiedlicher Ideologien in seiner Epoche zu erklären. Diese erwachsen laut Mannheim aus einer „Seinsverbundenheit“ (Mannheim, 1984, S. 65) des Wissens und sich daraus formierenden Denkstilen. Mannheim beschäftigt die Frage, wie soziologische Erkenntnis möglich ist, wenn Soziolog(inn)en Teil des ideologischen Gefüges sind, in dem sie leben. Letztlich verweist er, wie bereits in anderer Form Weber, auf die Doppelstruktur der Soziologie und die damit verbundenen Möglichkeiten soziologischen Wissens. Wie also ist „Objektivität“ möglich, wenn doch die Soziologie Teil ihres Untersuchungsgegenstandes ist? Im Gegensatz zu Max Weber geht es Mannheim nicht um die strikte Trennung zwischen Sachausage und Werturteil, sondern um die Bildung einer „freischwebenden Intelligenz“, die den relationalen Charakter unseres Wissens anerkennt. Diese kann nur entstehen, wenn die Akteure in der Lage sind, unterschiedliche Denkstandpunkte einzunehmen und zu reflektieren. Die Wissenssoziologie sollte es sich Mannheim zufolge deshalb zur politischen Aufgabe machen aufzudecken, wie diese Standpunkte zustande kommen. Damit würde sie zur gesellschaftlichen Aufklärung beitragen und durch ihre Integrations- und Erziehungsleistung die wichtige Aufgabe erfüllen, die Demokratisierung der Gesellschaft in der Weimarer Republik zu fördern (Knoblauch, 2010).

Wie sich bereits in diesen Ausführungen zeigt, bestand die Soziologie in ihren Anfängen aus einem gering organisierten und intellektuell hoch diversifizierten Feld (Kaesler, 1984). Deshalb war sie einem starken Druck der „kognitiven Organisation“ (Wagner, 1990, S. 486) ausgesetzt. So wurde zu Beginn des Prozesses der Institutionalisierung der Soziologie einige Arbeit drauf verwandt, die Grenzen der Disziplin in Hinblick auf andere Fächer zu definieren (Wagner et al., 1994; Jazbinsek et al., 2001; Calhoun, 2007; Evans, 2008), und Fachvertreter beschränkten sich auf Themen, die weder mit den Wirtschaftswissenschaften noch mit der Staatsrechtslehre oder den Geschichtswissenschaften in Konflikt kamen. Diese Art von Soziologie entsprach deshalb nicht dem durkheimianischen Anspruch einer „imperialistischen“ Soziologie; sie reduzierte sich vielmehr auf Themen der „nicht-wirtschaftlichen“ und „nicht-staatlichen“ sozialen Realität (Wagner, 1990, S. 486 f.). Diese Reinheit der soziologischen Betrachtungsweise war wichtig für die soziale Identität des Fachs. Sie war es auch für die Entstehung einer kognitiven Identität, weil die Soziologie dadurch ihre „Wissenschaftlichkeit“ etablierte. Grenzen wurden demnach überwiegend nach außen gezogen, was den Gegenstand der Soziologie selbst eingrenzte: „Grenzen nach außen bedeuteten auch eine Begrenztheit des Raumes nach innen.“ (Wagner, 1990, S. 478)

Jedoch scheiterten Ansätze einer adäquaten kognitiven Schließung, was Wagner als „wissenschaftlich-institutionelle[s] Dilemma“ der Soziologie bezeichnet (Wagner, 1990, S. 486). Aufgrund des disziplinär vororganisierten Feldes konnte sich – trotz aller Bemühungen, eine soziale und kognitive Identität zu etablieren – kein einheitliches soziologisches Paradigma ausbilden. Max Weber wie auch Karl Mannheim wollten die kognitive Konsolidierung zugunsten einer kognitiven Identität der Soziologie vorantreiben, indem jeder für sich ein soziologisches Paradigma zu formulieren versuchte (Kaesler, 2014). Zwar formulierte Max Weber wissenschaftlich wie institutionell erfolgreich eine historische Soziologie. Jedoch war diese stark an ihn als Person gebunden und erwies sich deshalb als „institutionell nicht reproduzierbar“ (Wagner, 1990, S. 486). Auch Karl Mannheims Anspruch, in Form seiner Wissenssoziologie ein allgemeingültiges Paradigma für die Soziologie zu formulieren, war nicht von Erfolg gekrönt. Seine Wissenssoziologie rief vielmehr Kontroversen hervor, die im „Streit um die Wissenssoziologie“ (Meja et al., 1982) kulminierten. Es gelang ihm nicht, die Stellung seiner Wissenssoziologie im soziologischen Erkenntnisprozess zu festigen.

Aufgrund der fehlenden kognitiven Schließung und eines Nebeneinanders diverser soziologischer Konzepte, fehlte der Soziologie schon in frühen Jahren ein disziplinärer Kern, der definierte, was das Fach ausmacht und was Fortschritt

in der Soziologie bedeutet (Wagner, 1990; Cole, 1994). Demzufolge erlangte der Werturteilsstreit als zentral geführte Debatte in der Disziplin besondere Bedeutung für die weitere Entwicklung einer kognitiven und historischen Identität der Soziologie. Gerade die Werturteilsproblematik ist als eine Aushandlung der Grenzproblematik der frühen deutschen Soziologie zu begreifen. Ritsert schreibt entsprechend:

„[Der Werturteilsstreit] läßt sich in einer entscheidenden Hinsicht als Auseinandersetzung darüber verstehen, wie die Beziehungen zwischen wissenschaftlicher Arbeit und gesellschaftlicher Praxis tatsächlich aussehen und wie sie einzuschätzen, also zu bewerten sind. Es geht daher nicht nur um die tatsächlichen (wirklichen) Arten und Grade des Zusammenhangs (welche Relationstypen darunter auch immer zu verstehen sind) zwischen wissenschaftlicher Theorie und gesellschaftlicher Praxis, sondern auch um (nach welchen Kriterien auch immer) als legitim oder illegitim bewertete Fälle ihres Zusammenhangs. Im Werturteilsstreit werden diese Relationen mithin beschrieben und bewertet!“ (Ritsert, 2009, S. 15)

Eine Semantik, die sich in diesem Zusammenhang etablierte, war die einer „objektiven“ und „wertfreien“ vs. eine „wertgebundene“ Soziologie.

2.1.2 Soziologie nach 1945: Der Streit zwischen Sozialtechnologie und Aufklärung

„Die Entwicklungen der deutschen Soziologie nach 1945 können verstanden werden als Aufbau einer Wissenschaft aus dem Nichts sowie als Eintritt einer Disziplin in eine statusbewußte Wissenschaftsgemeinde und in die traditionelle Struktur der deutschen Universität.“ (Lüschen, 1995, S. 11)

Das Fach hatte sich in der Zeit des Nationalsozialismus nicht weiterentwickelt, viele namhafte Soziolog(inn)en waren ins Ausland emigriert. Die in Deutschland verbliebene Soziologie wurde während des nationalsozialistischen Regimes zur „Soziotechnik“ (Clemens, 2001, S. 217) ausgebaut. Dennoch galt die Disziplin nach 1945 als relativ unbelastet und somit konnte ihr Ausbau in der Nachkriegszeit auch politisch begründet werden.⁸ Man versprach sich von der Soziologie

8 An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Rolle der Soziologie im Nationalsozialismus umstritten ist. In diesem Rahmen kann jedoch nicht näher auf die betreffende Diskussion eingegangen werden. Unterschiedliche Positionen und Überblicksdarstellungen

wichtige Impulse in der „Re-education“ der Gesellschaft (Clemens, 2001; Lüschen, 1995). Die öffentliche Anerkennung der Soziologie war in den 1950er- und 1960er-Jahren besonders groß, obwohl sie sich überwiegend auf einige wenige, aber international renommierte Fachvertreter mit einer kleinen Zahl von Schülern konzentrierte. Insbesondere Helmut Schelsky wurde mit seinen Werken wie „Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend“ (Schelsky, 1952) oder „Die skeptische Generation“ (Schelsky, 1963) zur Stimme der Soziologie im universitären Umfeld wie auch in der Öffentlichkeit. René König wiederum war an der Etablierung einer methodologisch fundierten, kritisch rationalen „objektiven“ Soziologie interessiert und verfolgte damit konsequent die wissenschaftliche Mission der Soziologie (Lüschen, 1995).

Über die Frage, ob die Soziologie eine „wissenschaftliche“ Mission verfolgen kann, wurde in den Folgejahren im Positivismusstreit⁹ heftig debattiert. René Königs Kölner Schule zählte hier jedoch nicht zu den Protagonisten. Als Hauptakteure galten Vertreter der kritischen Theorie, wie Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas, sowie Anhänger des kritischen Rationalismus, darunter Karl R. Popper und Hans Albert (Adorno et al., 1975). Obwohl insbesondere in Köln die Soziologie unter der Leitung von René König als eine der prononcier-testen und einflussreichsten Schulen Deutschlands galt, errang gerade die Frankfurter Schule, aus der sich die kritische Theorie entwickelt hatte, während der Studierendenproteste besondere Bedeutung, und zwar sowohl für die Öffentlichkeit als auch in der internationalen Soziologie. Vor allem durch ihr „historische[s] Flair“, das als „typisch deutsche Tradition“ (Lüschen, 1995, S. 22) angesehen wurde, trug die Frankfurter Schule wesentlich zur Etablierung einer kognitiven Identität der Soziologie bei. Andere, bis dato einflussreiche Schulen, wie Köln (König) und Münster (Schelsky), verloren an Einfluss (Lüschen, 1995). Der „Erfolg“ des Positivismusstreits und die damit einhergehende zunehmende Einflussnahme der kritischen Theorie mag mitunter auch zusammenhängen mit der Schlagkraft der Debatte in Hinblick auf die Doppelstruktur der Soziologie als übergreifende Identitätsproblematik. Beide Seiten bestritten nicht, dass in der Wissenschaft Werturteile existieren, waren aber uneinig über die Konsequenzen, die daraus für die Soziologie zu ziehen seien.

Eingeläutet wurde der Positivismusstreit auf einer Tübinger Arbeitstagung der DGS im Jahr 1961 (Ritsert, 2009). Er fand 1968 seinen Höhepunkt auf dem 16. Deutschen Soziologentag in Frankfurt mit dem Titel „Spätkapitalismus oder

geben Kaesler, 1984; Klingemann, 1996; Lepsius, 1981; Schnitzler, 2012; Schelsky, 1981.

9 Für einen umfassenden Überblick siehe Ritsert, 2009.

Industriegesellschaft“ (Adorno, 1969).¹⁰ Standpunkt der kritischen Theorie war, dass Theorie und Praxis in einer Synthese gesehen werden mussten (Beck, 1974). Die Doppelstruktur der Soziologie ist in diesem Sinn anzuerkennen, beinhaltet also die Einbindung der Soziologie in ihren Untersuchungsgegenstand. Objektive Soziologie ist aus dieser Sicht nicht möglich. Die Anerkennung einer solchen Soziologie reproduziere lediglich bestehende Ideologien im System. Die Realität aber ließe sich also nicht auf Basis objektiver Daten erfassen. Vielmehr müsse sich die Soziologie – wie wir bereits von Mannheim gehört haben – in der Totalität des Zeitgeistes und seiner Ideologien begreifen (Knoblauch, 2010). Sie könne nur praxisrelevant bzw. emanzipatorisch wirken, wenn sie sich dieser Einbettung bewusst wird und dieses Bewusstsein „als Instrument zur Befreiung aus unbegriffenen Zwängen“ (Beck, 1974, S. 15) einsetzt.

Der kritische Rationalismus hingegen vertrat, dass es durchaus möglich sei, soziale Wirklichkeit objektiv zu erfassen. Wissenschaft und Gesellschaft lassen sich also voneinander trennen, weshalb die Praxis auch Anstoß für die Forschung sein kann. Die Wissenschaft schlägt Lösungen für theoretische oder praktische Probleme vor, die, im Sinne des Falsifikationsprinzips, der ständigen Kritik unterworfen sind (Ritsert, 2009, S. 109). Prämisse des kritischen Rationalismus ist deshalb, „Wertvermischungen bloßzulegen und die rein wissenschaftlichen Wertfragen nach Wahrheit, Relevanz, Einfachheit und so weiter von außerwissenschaftlichen Fragen zu trennen“ (Popper, 1975, S. 115). Ganz anders als in der kritischen Theorie vertreten wird, der der kritische Rationalismus utopistische Weltverbesserungsvorstellungen vorwirft, stünde der Umbau der „Gesellschaft in Richtung auf (vermutlich) einlösbare Ziele“ (Ritsert, 2009, S. 121). Dieser Umbau wird vom kritischen Rationalismus mit Popper „Stückwerk-Technologie“ (Ritsert, 2009, S. 120) genannt; die Beteiligten werden als „Sozialingenieure“ (Ritsert, 2009, S. 121) bezeichnet.

Der Positivismusstreit ist letztlich auch als Grenzziehung zwischen Soziologie und Politik zu verstehen, wobei die Soziologie in eine „rechte“ und „linke“ Richtung unterteilt wurde. Er kreist überwiegend um wissenschaftstheoretische Debatten, in denen „unfriedlich nebeneinander existierende[...] Denkschulen in ihren gegensätzlichen Wunschbildern von Wissenschaft und Praxis aufeinander[prallten]“ (Beck, 1982a, S. 2). Der Positivismusstreit ist deshalb vor dem Hintergrund einer mangelnden kognitiven Konsolidierung der Soziologie zu betrachten – es standen sich zwei Paradigmen gegenüber, die die Soziologie bereits

10 Insbesondere die Zunahme der quantitativen Methoden und die damit verbundene Marktforschung, die sich in diesem Zuge in den USA entwickelte und Eingang in die deutsche Forschungslandschaft fand, waren Anlass für die Auseinandersetzung.

früh geprägt hatten: die des Positivismus und die einer historisch verstehenden Soziologie.

Eine Fortführung dieser Debatte fand zwischen Jürgen Habermas und Niklas Luhmann (Habermas et al., 1971) statt. Habermas, als Vertreter der Frankfurter Schule, betrachtete die Luhmann'sche Systemtheorie als „Entpolitisierung“, die Gefahr laufe, „herrschaftslegitimierende Funktionen zu übernehmen, die bisher von einem positivistischen Gemeinbewußtsein erfüllt worden sind“ (Habermas et al., 1971, S. 142):

„So kann die Systemtheorie der Gesellschaft als ein einziger groß angelegter Begründungsversuch für die praktische Empfehlung verstanden werden, daß eine unmittelbar sozialtechnologisch gerichtete Analyse überall da an die Stelle des vermeintlichen Diskurses über ohnehin nicht wahrheitsfähige praktische Fragen zu treten habe, wo mit den Illusionen einer Verwirklichung praktischer Vernunft, das heißt mit Demokratisierungstendenzen, noch nicht vollends aufgeräumt worden ist.“ (Habermas et al., 1971, S. 144)

Die Semantik, die sich hier etablierte, war die einer „Sozialtechnologie“ auf der einen und einer „Aufklärung“ auf der anderen Seite, die jeweils unterschiedliche Formen ausdrücken, mit der Doppelstruktur der Soziologie umzugehen. Diese beiden sind letztlich als Fortsetzung einer Semantik der „objektiven“, „sozial-technologischen“ vs. eine „wertorientierte“, also „aufklärerische“ Soziologie der ersten Phase zu verstehen.

2.1.3 Politische Konsolidierung: Die Verwendungsforschung zwischen „Theorie und Praxis“

Die Etappe der politischen Konsolidierung charakterisiert sich durch die Zunahme an finanziellen Ressourcen, der eine regelrechte Reformeuphorie vorausging. Deshalb kann sie auch als politische Institutionalisierung der Soziologie verstanden werden. Mit ihr geht die Etablierung nicht ausschließlich wissenschaftlich geleiteter Forschungsförderquellen und -einrichtungen einher.¹¹ Spätestens in den 1960er-Jahren hatte sich ein Wohlfahrtsstaat mit einem hohen Maß an Staatsinterventionismus und eine Wirtschafts- und Sozialforschung entwickelt, die auf diese Handlungsmaximen bezogen war (Wagner, 1990). Dieser Staatsinterventionismus war nicht nur geprägt von dem Glauben an die „Wissenschaft als Produktivkraft“ (Stöltig, 1974), sondern ebenso durch die enorme Zunahme an soziologischem Wissen und der Zahl an Soziolog(inn)en, die auf den Ar-

11 Zur Entwicklung in den USA siehe Calhoun, 2007; Turner et al., 1990; Camic, 2007.

beitsmarkt strömten. Themen wie Familie, Bildung und Arbeit wurden im Rahmen unterschiedlicher lokaler Einheiten wie der Schule bearbeitet. Soziologisches Wissen drang damit nicht nur tiefer in verschiedene gesellschaftliche Bereiche vor, sondern es begannen sich auch diverse soziologische Expertisen zu differenzieren (Beck et al., 1984). Die Soziologie war im Zuge der Bildungsoffensive zu einem der 20 größten universitären Fächer aufgestiegen, dementsprechend hoch war also auch die Anzahl der Professuren, Lehrstühle und Studierenden (Lüschen, 1995; Siefer, 1995).¹² Die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern, den „Fortgeschrittenen“ und den „Konservativen“, galten zwar als beendet. Dennoch hatte der flächendeckende Ausbau der Soziologie zur Folge, dass sich im Sinne einer sozialen Identität Standorte mit unterschiedlichen Ausrichtungen ausgebildet hatten: Hochburgen der sogenannten „Progressiven“ waren die FU Berlin, Bremen, Marburg und Frankfurt. Konservative Lager wurden dagegen eher in Köln, Mannheim und München verortet (Siefer, 1995).

Die Soziologie ging in diesem Zusammenhang eine schwierige Koalition ein: Zum einen sollte sie als Oppositionswissenschaft mit aufklärerischem Sendungsbewusstsein wirksam werden, zum anderen als Planungswissenschaft aktiv sein, um gesellschaftspolitische Reformen „wissenschaftlich zu begründen, anzuleiten und abzusichern“ (Clemens, 2001, S. 221). Die richtige Mischung aus „Engagement und Distanzierung“ (Elias, 1983) zu finden und sich nicht wissenschaftlich zu diskreditieren, konnte unter diesen Voraussetzungen kaum gelingen. Beispielhaft für ein solches Scheitern bei der Verwendung soziologischen Wissens ist das Forschungsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“ (HdA). Es wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie, dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und unter Beteiligung der Industriosozilogie realisiert.

Gesellschaftliche Probleme waren Motor für die Entwicklung eines solchen Programms: Gestiegene Ansprüche an die Arbeitsbedingungen in Betrieben, die körperliche Überforderung am Arbeitsplatz, Belastung durch Schichtarbeit, Überstunden und hohes Arbeitstempo, Aspekte der Arbeitssicherheit wie auch die Sicherung der Vollbeschäftigung und des wirtschaftlichen Wachstums prägten die gesellschaftspolitischen Diskussionen. Ein Bündnis aus Bundesregierung, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Wissenschaft strebte aufgrund dessen Reformen an und prägte vor allem die erste HdA-Phase von 1984 bis 1980 (Sauer, 2011). Man erwartete, durch die Beteiligung der Wissenschaft bessere

12 In diese Zeit fällt auch die Einrichtung einer soziologischen Fakultät in Bielefeld. In den großen Städten fanden aufgrund einer regelrechten Überschwemmung der Soziologie Seminare mit bis zu 1000 Studierenden statt (Siefer, 1995).

Ergebnisse hinsichtlich der Arbeitsschutzmaßnahmen in Betrieben zu erzielen, einen Beitrag zur inhaltlichen Erweiterung des Arbeitsschutzes zu leisten und durch Information und Beratung eine breite Bewegung zur „menschengerechten Arbeitsgestaltung“ in Gang zu setzen.

Aspekte der Arbeitsorganisation, der Beteiligung der Arbeitnehmenden und Entscheidungen über Arbeitsgestaltungsmaßnahmen wie auch der Aus- und Weiterbildung waren von wesentlichem Interesse.

„[I]m Rahmen des Forschungsprogramms HdA [sollten] praktische Lösungsvorschläge erarbeitet [werden], um

- die Grundlagen für die menschengerechte Arbeitsgestaltung im Bereich der Gesetzgebung, der staatlichen und außerstaatlichen Vorschriften zu verbessern,
- mit Hilfe humaner Arbeitstechnologien unzuträgliche Arbeitsverfahren abzulösen und durch neue technische Hilfsmittel bislang unzumutbare Arbeitsplätze zu verbessern,
- Modelle zur technischen Gestaltung von Arbeitsplätzen und zu arbeitsorganisatorischen Lösungen zu erarbeiten, an denen sich die Praxis orientieren kann,
- Wege zu öffnen, auf denen wissenschaftliche Erkenntnisse und Betriebserfahrungen in die Praxis umgesetzt werden können.“ (Salfer et al., 1981, S. 237 f.)

Aufgabe der Soziologie war es, in diesem Zusammenhang prospektives Gestaltungswissen zur Verfügung zu stellen (Lengwiler, 2005). Die damit verbundene Begleitforschung kann als eine Art ingenieurwissenschaftlich orientierte Sozialforschung bezeichnet werden, in der Erkenntnisse für die als notwendig erachteten Veränderungen in Betrieben generiert wurden. Sie sollten korrigierend (in Hinblick auf eine Veränderung) wie auch evaluierend (in Hinblick auf die Auswertung der implementierten Maßnahmen) eingesetzt werden (Lengwiler, 2005). Die Wissenschaftseuphorie wurde jedoch tief enttäuscht: Die Soziologie war genauso wenig auf eine Konfrontation mit ihrem Untersuchungsgegenstand vorbereitet wie dieser auf eine Konfrontation mit der Soziologie. Sie befand sich zunehmend wissenschaftlich in der Kritik und politisch unter dem Druck, anwendbare Ergebnisse zu erzeugen.

Es folgte daraufhin eine Welle der „wissenschaftlichen Selbstthematisierung“ (Beck et al., 1984, S. 381), der sogenannten Verwendungsforschung, denn die Erfahrungen waren geprägt von:

„Enttäuschungen und Ängsten im soziologischen Umgang mit praktischen Problemen und Entscheidungszwängen: Die bisherigen Diskussionsrunden waren Theorie-Praxis-Kontroversen einer Soziologie *auf dem Wege, aber noch vor den Toren* der Praxis, wäh-

rend heute eine Soziologie *in der Praxis* und *im Dienste der Praxis* zu diskutieren beginnt.“ (Beck, 1982a, S. 3, Hervorhebung im Original)

Die Verwendungsforschung argumentierte, die Soziologie hätte schlicht die Eigenlogik bestimmter Bereiche nicht mitbedacht (Beck et al., 1984). Genauso wenig wäre es ihr möglich, auf einer Ebene mit der Praxis zu kommunizieren (Bundesminister für Forschung u. Technologie, 1987). Vielmehr sähe sie ein Rationalitätsgefälle zwischen ihr und denen, die sie untersuche, und wolle die „soziologielosen Eingeborenen“ (Beck et al., 1989a, S. 40) missionieren, um das allgemeine Rationalitätsniveau der Gesellschaft zu heben.

So befinden die Vertreter(innen) der Verwendungsforschung weiter, dass die Soziologie es mit einer Gesellschaft zu tun hätte, in der bereits eine „primäre Versozialwissenschaftlichung“ stattgefunden habe (Beck et al., 1989a). Max Webers Postulat der „Entzauberung der Welt“ (Weber, 2002b, S. 488) durch die Soziologie sei aus dieser Sicht schlichtweg überholt. Rezipienten soziologischen Wissens seien demzufolge anders zu sehen:

„[Sie sind] nicht mehr bloße ‚Objekte‘ der Verwissenschaftlichung [...], sondern [werden] zu potentiellen ‚Subjekten‘ in dem Sinne [...], daß sie auf der Grundlage eines durchgesetzten Zwangs zu ‚rationalen Argumentationen‘ die wissenschaftlichen Interpretationsangebote aktiv handhaben können. Dies bedeutet zugleich, daß die im Zuge der ‚primären‘ Verwissenschaftlichung eingeschliffenen Deutungsmuster nicht mehr die Aura definitiv wahrer Erkenntnisse haben, sondern wissenschaftsextern wie -intern zu ‚sozialen Konstruktionen‘ relativiert werden, welche die Wirklichkeit durchaus verfehlen können.“ (Beck et al., 1984, S. 385, Hervorhebung im Original)

Die Soziologie habe also nicht mehr die absolute Deutungshoheit über ihre Erkenntnisse. Ihr Gegenstand habe sich quasi von ihr emanzipiert und wirke auf sie zurück. Es könne deshalb auch nicht zwangsläufig ein direkter Zusammenhang zwischen der Soziologie und ihrer Verwendung hergestellt werden. Vielmehr ist die These der Verwendungsforschung, dass sich die Soziologie ihrer „sozialwissenschaftlichen Identität“ (Beck et al., 1984, S. 384) entledigen und ihr Wissen trivialisieren (Lau, 1984) müsse, um wirksam zu werden. Als Folge dessen wurde gefordert, das Verhältnis von Theorie und Praxis in Bezug auf Wissenschaftsgeschichte und -theorie bis hin zum Aspekt der Auflösung sozialwissenschaftlichen Wissens neu zu reflektieren (Beck et al., 1984).

Diese Überlegungen können als Angebot einer praxisorientierten kognitiven Identität an die Soziologie verstanden werden. Von der Disziplin selbst wurden sie allerdings wenig rezipiert.¹³

Trotzdem offenbaren diese Ausführungen das Grenzproblem der Soziologie, das sie in Hinblick auf ihre Doppelstruktur hat: Denn obwohl sich die Verwendungsforschung um eine methodisch-theoretische Fundierung einer praxisaffinen Soziologie bemühte (Beck, 1982b; Beck et al., 1989b; Berger, 1980; Bruder, 1980; Wogens, 1988; Wogens et al., 1989), nahm die Sorge zu, dass die Soziologie sich „mehr und mehr zu einer Legitimationsressource politisch-administrativer Programme“ (Lau et al., 1989, S. 3) entwickelte.¹⁴

Aus dieser Konstellation entstand das politisch-institutionelle Dilemma: Sozialwissenschaftliche Diskurse, nach innen wenig einig und gefestigt, standen zunehmend einer staatlichen Forschungspolitik gegenüber, die mit direkten Praxisinteressen verbunden war (Wagner, 1990, S. 54). Daraus folgt für Wagner, dass sich die Bewertungskriterien wissenschaftlicher Arbeit zunehmend – und unter Erhalt der organisatorischen Autonomie der Soziologie – in Richtung Anwendbarkeit soziologischen Wissens verschoben, was auch zu einer kognitiven Reorientierung des Fachs führte. Dennoch konnte sich auch durch die Gründung von Instituten angewandter Sozialforschung (bspw. das SOFI Göttingen oder die Sozialforschungsstelle Dortmund, Clemens, 2001) keine „angewandte“ soziale und kognitive Identität etablieren. Im Gegenteil: Die Wissenschaftlichkeit der Soziologie wurde wie gesagt zunehmend hinterfragt, was mit Forderungen einherging, die „Definitionsressource Soziologie“ neu zu verhandeln (Lau et al., 1989, S. 3) und das Fach zu reformieren.

13 Auch heute noch lassen sich kaum Versuche einer Auswertung der Verwendungsstudien finden, wohingegen Debatten um den Positivismusstreit und den Werturteilsstreit nach wie vor breit rezipiert werden.

14 Zudem wurde im Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg die These der „Finalisierung der Wissenschaft“ (Boehme et al., 1973) aufgestellt, die zu heftigen Debatten führte. Die These lehnt sich an das Kuhn'sche Modell wissenschaftlicher Paradigmen an. Sie sagt aus, dass die politische Steuerung der Grundlagenforschung zumindest für einen gewissen Zeitraum als normale Erscheinung zu deuten sei (Lengwiler, 2005).

2.1.4 Die Therapie von der Praxis: Verschiebung des Grenzdiskurses auf interne Debatten

Die Folgejahre sind deshalb als Rückbesinnung auf das wissenschaftliche Kerngeschäft zu begreifen. So wurde angestrebt, die praxisorientierte Soziologie aus der Disziplin auszulagern und als berufspolitische Professionalisierung zu markieren. Für das Fach selbst galt die Haltung einer „kritischen Praxisdistanz“ (Beck et al., 1984, S. 382) als erstrebenswert. Soziologie hatte sich auf ihre Rolle als selbstreferenzielle „praxisentlastete“ Wissenschaft zu besinnen und somit den Weg für die Wiederherstellung des Fachs zu ebnen (Dreitzel et al., 1983; Offe, 1982). Die Trennung zwischen einem „Innen“ der Disziplin, das „frei ist von schnell wirkende[n] Patentrezepte[n]“ und „rasch befreiende[n] Großlösungsstrategien“ (Dreitzel et al., 1983), und einem „Außen“, der Gesellschaft, sollte mit der Durchsetzung des „Luhmannschen systemtheoretischen Dogmas“ (Streek, 2015, S. 73) erzielt werden, wonach Subsysteme in funktional ausdifferenzierten Gesellschaften einer Eigenlogik unterworfen sind. Disziplinäre Selbstverständigung beruht demnach auf rein selbstreferenziellen Kriterien und folgt selbstbezogenen Zielwerten.

Die berufspolitische Professionalisierung der Soziologie hingegen wurde in einem „Außen“ verortet, bspw. in der soziologischen Organisationsberatung. Diese knüpft an die Erfahrungen der Industriesoziologie aus den 1970er-Jahren an. Obwohl sie die Rückbindung an die akademische Soziologie anstrebte (Hofwaldt et al., 2002), kam es zu einer Grenzziehung zwischen akademischer und beruflich ausgeübter Soziologie und dementsprechend zu einer Abspaltung professionalisierter Beratung von der akademischen Forschung (Latniak et al., 2004). Beispiel dafür ist die marktförmige Sozialforschung, die sich im außeruniversitären Feld institutionalisiert hat. Entsprechend formierte sich ein eigener Fachverband, der zum Entstehen einer sozialen Identität der Soziologie im außeruniversitären Feld beitrug: Neben der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gründete sich der Berufsverband deutscher Soziologinnen und Soziologen (BDS) im Jahr 1976. Er vertritt bis heute die praxisnahe Soziologie sowie Soziolog(inn)en, die überwiegend außerhalb der Wissenschaft tätig sind. Die Verbände haben kaum Berührungspunkte, obwohl sie dies bei der BDS-Gründung anstrebten. So hielt Norbert Elias den Eröffnungsvortrag auf dem Gründungskongress des BDS (Voigt, o.J.). Ein Teil der Disziplin sah jedoch in einer Trennung zwischen rein akademischer und praxisrelevanter Soziologie eine falsche Professionalisierung (Beck et al., 1984; Badura, 1980; Nunner-Winkler et al., 1981). Stattdessen sollte die klare Unterscheidung eines „Innen“ und „Außen“ vermieden werden, also die Vorstellung einer sich selbst genügenden Wissenschaft, der

eine optimierte Bereitstellung von Dienstleistungen für die Praxis gegenübersteht: „Der heutige Zankapfel heißt Zeitdiagnose.“ (Kieserling, 2004, S. 37) Zeitdiagnosen werden von Teilen der Disziplin als legitimer Umgang der Soziologie mit ihrer Doppelstruktur gesehen, weil sie sich darüber zwar in gesellschaftspolitische Debatten einbringt, dabei aber ihre Wissenschaftlichkeit wahrt. Dennoch wird von anderen Teilen der Disziplin angezweifelt, inwiefern begriffliche Zuspitzungen wie „Industriegesellschaft“, „Informationsgesellschaft“ oder „Risikogesellschaft“ überhaupt einen Mehrwert zu soziologischen Debatten generieren, da sie sich stark an massenmedialer Anschlussfähigkeit orientieren (Kieserling, 2004).¹⁵ Über ihren Erfolg entscheiden letztlich nicht wissenschaftliche Kriterien, sondern die Massenmedien. Zeitdiagnosen entwickelten sich deshalb zu einem eigenen Genre. Osrecki (2011) beschreibt in diesem Zusammenhang eine weitere Grenzziehung, die sich in der Folge in einer Ausdifferenzierung von akademischen Soziolog(inn)en und Medienintellektuellen zeigt. Wiederum werden hier die Grenzen zwischen Soziologie und Gesellschaft verhandelt, und zwar konkret zwischen der Soziologie und den Massenmedien.

Wir sehen also in dieser Phase eine zunehmende Ausdifferenzierung, die letztlich damit verbunden ist, dass bestimmte Formen der Soziologie aus dem akademischen Diskurs ausgelagert werden: soziologisch professionalisierte Gesellschaftsexperten¹⁶ und Medienintellektuelle vs. eine akademisch orientierte Soziologie. Dies legt den Schluss nahe, dass sich Grenzdebatten zunehmend auf die internen Grenzen der Soziologie verlagern, und zwar auf die Frage, welche Art von Soziologie nun eigentlich im Kern der Disziplin steht und als die legitime Soziologie betrachtet werden kann. Die Soziologie hat also weder eine einheitliche soziale noch eine kognitive Identität entwickelt. Zudem ist zu verzeichnen, dass die Soziologie selbst einen enormen Siegeszug hinter sich hat. Diaz-Bone spricht in diesem Zusammenhang von der „Sozialforschung als Sozio-Epistemologie“ (Diaz-Bone, 2010, S. 3). Er greift die These einer grundlegenden Verstrickung von Soziologie und Gesellschaft in Hinblick auf sozialwissenschaftliche Methoden auf und beschreibt die Übernahme „kollektive[r], kognitive[r] Prozeduren und institutionelle[r] Strukturen der gesellschaftlichen Beobachtung, Planung und Regierung als Resultat [einer] ‚Versozialwissenschaftlichung‘ der Gesellschaft“ (Diaz-Bone, 2010, S. 16). Die Gesellschaft übernimmt

15 Vergleiche den Sonderband der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie zu soziologischen Zeitdiagnosen (Friedrichs et al., 1998; Schimank, 2000). Zum Genre soziologischer Zeitdiagnosen siehe Osrecki, 2011.

16 Innerhalb von Komposita wie Gesellschaftsexperten, Experteninterviews u.ä. wird in dieser Arbeit nicht gegendert. Es sind jedoch stets beide Geschlechter gemeint.

also methodologische Erkenntnisinstrumente, gleichzeitig ist die Wissenschaft selbst dieser Quantifizierung durch gesellschaftliche Institutionen zunehmend unterworfen – in Form von Rankings und Ratings. Was sich daraus folgern lässt, ist, dass die Soziologie klar trennen muss – nämlich „echte“ Soziologie von dem, was gerade nicht Soziologie ist, sondern lediglich in der Gesellschaft als soziologisches Wissen oder soziologische Methoden diffundiert und ggf. auch angewandt wird.

2.1.5 Zwischenfazit

Dieser historische Abriss zentraler Grenzdebatten der Soziologie hat gezeigt, dass in den hier betrachteten Zeitabschnitten zum einen diverse Formen, zum anderen unterschiedliche Semantiken der Grenzziehung im Mittelpunkt der disziplinären Selbstverständigung standen. Deutlich geworden ist die doppelte Mission der Soziologie, in der Fragen der „Legitimation oder Zurückweisung eines Anspruchs auf *gesellschaftliche Rationalisierung* durch die Soziologie“ (Lau, 1984, S. 407, Hervorhebung im Original) diskutiert wurden. In all diesen Phasen wird deutlich, wie sie den Umgang mit ihrer Doppelstruktur reflektierte:

In den Anfängen der Soziologie ging es zunächst um die Etablierung ihrer sozialen wie auch kognitiven Identität in Hinblick auf ihre Möglichkeiten als „objektive“ bzw. „wertfreie“ Wissenschaft. Die Soziologie musste deshalb zunächst ihr Verhältnis zu ihrem Untersuchungsgegenstand klären, um ihre „Wissenschaftlichkeit“ im Vergleich zu anderen Disziplinen unter Beweis zu stellen. Das ist ihr jedoch nur teilweise gelungen. Die Soziologie konnte sich in dieser Zeit schwach bis gar nicht kognitiv konsolidieren, was auch dazu führte, dass sie sich, im Gegensatz zu anderen Disziplinen wie der Ökonomie, durch einen fehlenden „kognitiven Kern“ und dementsprechend viele „Ränder“ auszeichnete.

Obwohl in der Nachkriegszeit der institutionelle Ausbau der Soziologie voranschritt und auch ihre politische Anerkennung zunahm, konnte sie keine einheitliche Position in Hinblick auf ihr Verhältnis zu ihrem Untersuchungsgegenstand finden. Vielmehr wurden die Debatten unter dem Vorzeichen des Positivismusstreits wieder aufgenommen. In den Mittelpunkt rückten Reflexionen über die Position einer (linken oder rechten) Soziologie innerhalb der Gesellschaft. Dabei wurde auch hier insbesondere die Frage der Doppelstruktur verhandelt, also inwiefern die Soziologie fähig ist, Außenpositionen zu den bestehenden ideologischen Gesellschaftsstrukturen einzunehmen.

Während der sogenannten Verwendungsforschung setzten eine zunehmende politische Konsolidierung der Soziologie und die Orientierung an politischen Förderprogrammen ein. Im Folgenden zog die Soziologie insbesondere die

Grenzen zwischen ihrer „Wissenschaftlichkeit“ und den Anforderungen politischer Akteure an die Soziologie. Das Resümee aus dieser Zeit war ernüchternd, weil die Soziologie nicht in der Lage war, reflexiv mit ihrer Doppelstruktur umzugehen. Dass sie sich in die Praxis einmischte, beruhte vielmehr auf dem Glauben, die Gesellschaft – im Sinne einer „Entzauberung der Welt“ (Weber, 2002b, S. 488) – missionieren zu können. Damit ist sie jedoch gescheitert. Vielmehr fand sie sich in einem politisch-institutionellen Dilemma wieder: Eine nach innen wenig konsolidierte Disziplin musste zunehmend auf politische Forderungen reagieren. Die Soziologie testete quasi in der Praxis das, was zuvor im Positivismusstreit auf wissenschaftstheoretischer Ebene verhandelt worden war.

Aufgrund ihrer geringen kognitiven Konsolidierung hat die Soziologie bislang keine befriedigende Antwort darauf gefunden, wie mit ihrer Doppelstruktur umzugehen sei. Vielmehr ist eine Fragmentierung der Debatten zu beobachten, außerdem eine Ausdifferenzierung unterschiedlicher Soziologien. Zu Letzterem ist zu sagen, dass der Versuch unternommen wird, die akademische Soziologie als Kategorie im wissenschaftlichen Diskurs zu belassen und eine Expertensoziologie oder soziologische (Medien-)Intellektuelle aus der akademischen Soziologie auszulagern. Dies führt dazu, dass sich Auseinandersetzungen um die Grenzziehungen der Soziologie ebenso auf interne Diskussionen verlagert haben. Die Fragen, wie sich ein „Innen“ und „Außen“ definiert, wie sie mit Werturteilen umzugehen hat, kann die Soziologie letztlich nur selbstreflexiv klären. Zurück bleibt deshalb ein Grenzdiskurs, der sich auf einen disziplinären Kern beruft.

Zudem zeigt sich in diesem kurzen historischen Abschnitt, dass in den diversen Etappen auch unterschiedliche Semantiken zum Einsatz kamen, wenn es darum ging, Grenzen zwischen der Soziologie und ihrem Untersuchungsgegenstand zu ziehen. Waren diese Grenzziehungen zu Anfang im Sinne einer wissenschaftlichen Konsolidierung insbesondere auf eine Semantik der „Werturteilsfreiheit“ und „Objektivität“ ausgerichtet, um sich von sozialreformatorischen Bewegungen zu distanzieren, so standen sich während des Positivismusstreits Semantiken der „Aufklärung“ und der „Sozialtechnologie“ gegenüber. Im Zuge der Verwendungsforschung ging es dann vielmehr um die – wie der Name schon sagt – Semantik einer „Verwendung“ soziologischen Wissens in der „Praxis“. Die darauffolgende Ausdifferenzierung der Debatten, die unter anderem auf die starke Zunahme soziologischer Expertise in unterschiedlichen gesellschaftlichen Diskursen zurückzuführen ist, zeigt sich letztlich auch in der Semantik der Ausdifferenzierung von Michael Burawoys vier Soziologiearten, die jeweils einem unterschiedlichen Publikum und unterschiedlichen Aufgaben zugeordnet sind. Es wird deutlich, dass die Semantik der Grenzziehung zwischen Soziologie und

ihrem Untersuchungsgegenstand von Beginn an auf eine Differenzierung zwischen einem „Innen“, also der Soziologie, und einem „Außen“, der Gesellschaft, abzielt. Diese Grenzmarkierung hat sich seit den Anfängen der Disziplin in Hinblick auf die Etablierung einer kognitiven, historischen wie auch sozialen Identität auf das Vorbild des bestehenden, bereits vororganisierten kognitiven Feldes bezogen, in das sie sich einzuordnen hatte. Sie ist deshalb in ihrer Semantik stets darauf bedacht gewesen, ihren Gegenstand zu externalisieren und so mit ihrer Doppelstruktur umzugehen.

Die Erkenntnisse, die wir aus der historischen Kontextualisierung gewonnen haben, erlauben uns jedoch nicht, das Grenzproblem zu soziologisieren und als ein konkretes Handlungsproblem für Wissenschaftler(innen) zu konzeptualisieren. Zudem verfügen wir über kein adäquates soziologisches Vokabular, um dieses Handlungsproblem zu operationalisieren. Vielmehr geschehen die beschriebenen Selbstreflexionen der Soziologie auf wissenschaftstheoretischer und wissenschaftsphilosophischer Ebene (Habermas, 1963; Habermas, 1982; Habermas, 1986; Topitsch, 1965; Ritsert, 2009; Schurz et al., 2013; Kieserling, 2004). Im Folgenden wird die Doppelstruktur der Soziologie deshalb dadurch soziologisch kontextualisiert, dass das soziologische Vokabular in Hinblick auf eine Konzeptualisierung und Operationalisierung von Grenzen ausgelotet wird.

2.2 EINE SOZIOLOGISCHE KONTEXTUALISIERUNG

Im Zuge dieses Kapitels sollen zwei relevante Fragen beantwortet werden: Wie und mit welchen Begriffen kann die Soziologie sich im Sinne einer Wissenschaftssoziologie der Soziologie selbst reflektieren? Was ist ein geeignetes Instrumentarium, um sich – als Soziologin oder Soziologe – dieser Reflexion zu stellen? Wir haben bereits im vorhergehenden Kapitel gesehen, dass die Konstruktion von Grenzen zwischen einem „Innen“ und einem „Außen“ für den Umgang der Soziologie mit ihrer Doppelstruktur besonders wichtig ist. Vor diesem Hintergrund bieten sich deshalb zwei Perspektiven für die Analyse der Soziologie an:

Naheliegend ist zunächst der Blick von innen, also der Blick der Soziologie auf die Soziologie. Aus der Perspektive der Systemtheorie werden die Grenzen zwischen Soziologie und ihrem Untersuchungsgegenstand aus der Soziologie selbst heraus produziert. Eine zweite Betrachtungsweise ist, mithilfe der Science and Technology Studies von außen auf die Soziologie zu blicken. Allen voran ist in diesem Zusammenhang Gieryn (1983; 1995; 1999) mit seinem Konzept der *boundary work* zu nennen. Grenzen werden demnach nicht aus der Soziologie